

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	9
Kapitel 1 Einführung	17
A. Gegenstand der Arbeit und Problemstellung	17
B. Gang der Untersuchung	21
C. Typische Fallgestaltungen mittelbarer Rechtsverletzungen im Online-Bereich	22
I. Die Regelungen des Telemediengesetzes	23
II. Provider	25
1. Content-Provider	25
2. Host-Provider	26
3. Access-Provider	27
III. Linksetzer und Suchmaschinenbetreiber	28
IV. Inhaber von Internetanschlüssen und Betreiber von WLAN	29
V. Ermöglichung der Nutzung fremder Zugangsdaten	30
VI. Filesharingsysteme	30
VII. Zusammenfassung	31
Kapitel 2 Die bisherige Behandlung der Verantwortlichkeit für mittelbare Rechtsverletzungen im Wettbewerbs-, Urheber- und Markenrecht	33
A. Gesetzliche Regelungen	33
I. Die Haftung des mittelbaren Verletzers als Täter einer Rechtsverletzung	33
1. Wettbewerbsrecht	33
2. Markenrecht	34
3. Urheberrecht	35
II. Haftung als Mittäter oder Teilnehmer gem. § 830 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB analog	36
III. Haftung des Unternehmens- bzw. Betriebsinhabers gem. § 8 Abs. 2 UWG, §§ 14 Abs. 7, 15 Abs. 6 MarkenG und § 99 UrhG	39
IV. Sonstige Haftungsnormen	42
B. Die Haftung des mittelbaren Verletzers unter Anwendung der Grundsätze der Störerhaftung	43

I.	Der Begriff des Störers	43
II.	Die Entwicklung des Rechtsinstituts der Störerhaftung und dessen Ausdehnung aufs Urheber-, Marken- und Wettbewerbsrecht	44
III.	Die Einführung des Kriteriums der Verletzung zumutbarer Prüfungspflichten	48
IV.	Inhalt und Umfang der Prüfungspflichten	51
Kapitel 3	Die täterschaftliche Haftung aufgrund der Verletzung von Verkehrspflichten im Wettbewerbsrecht	53
A.	Dogmatische Grundlagen der »Täterschaft aufgrund der Verletzung wettbewerbsrechtlicher Verkehrspflichten«	54
I.	Die täterschaftliche Haftung des mittelbaren Verletzers aufgrund der Verletzung von Pflichten in der Rechtsprechung zum Wettbewerbsrecht	55
1.	Haftung des Herstellers für Wettbewerbsverstöße der Händler	56
2.	Haftung von Presseorganen für Wettbewerbsverstöße im Anzeigengeschäft	59
3.	Haftung von Informanten für Presseinformationen	59
4.	Haftung des Händlers für unrichtige Angaben seiner Angestellten	60
5.	Haftung des Vermieters für wettbewerbswidriges Verhalten des Mieters	60
6.	Zusammenfassung	61
II.	Die Entwicklungen in der Literatur: Von den Prüfungspflichten der Störerhaftung zu einer täterschaftlichen Haftung aufgrund Verkehrspflichtverletzung	62
1.	Ausgangspunkt: Kritik an der Störerhaftung im Wettbewerbsrecht	62
a)	Analoge Anwendung des § 1004 BGB	63
b)	Ablehnung von Schadensersatzansprüchen	65
c)	Unterschiede aufgrund der Nichtanwendbarkeit von UWG-Vorschriften auf den Störer	65
d)	Kritik an den Prüfungspflichten	66
e)	Zusammenfassung	67
2.	Die Einschränkungsbemühungen der Literatur	68
a)	Einschränkung durch die Kriterien des Schutzzweckzusammenhanges und der Interessenabwägung	68
b)	Anwendung des § 8 Abs. 2 UWG auf den mittelbaren Verletzer	69

c)	Rückführung der Haftung des mittelbaren Verletzers auf § 1 UWG a.F. (§ 3 Abs. 1 UWG n.F.)	70
d)	Beschränkung auf den Fall der bewussten Mitwirkung im Sinne der deliktischen Teilnahmeregeln	71
e)	Verkehrspflichten als Zurechnungskriterien im Rahmen der Rechtswidrigkeit	74
f)	Rückeinbindung der Störerhaftung in die Dogmatik des allgemeinen Deliktsrechts	75
3.	Zusammenfassung	76
III.	Funktion und Stellung der wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten	77
1.	Verhältnis des Deliktsrechts des BGB zum Wettbewerbsrecht	77
2.	Funktion der wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten im Hinblick auf die den Verkehrspflichten des BGB zugrunde liegenden Wertungen	79
a)	Begriff der Verkehrspflichten	79
b)	Funktion und Stellung der Verkehrspflichten des BGB	80
c)	Funktion der wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten	85
3.	Stellung der wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten im System des UWG	86
a)	Verkehrspflichten zur Konkretisierung der Unlauterkeit einer geschäftlichen Handlung	87
b)	Verortung in § 3 Abs. 1 UWG	90
IV.	Zulässigkeit einer dogmatischen Verselbständigung der Figur der Verkehrspflichten	92
1.	Dogmatische Verselbständigung des Zurechnungsgrundes der Eröffnung einer Gefahrenquelle	93
a)	Historische Entwicklung	94
b)	Der Entstehungsgrund der Eröffnung einer Gefahrenquelle	95
2.	Dogmatische Verselbständigung der Verkehrspflichten als Zurechnungskriterien im Rahmen der Rechtswidrigkeit	97
a)	Verkehrspflichten im Rahmen der Störerhaftung des Wettbewerbs-, Urheber- und Markenrechts	98
b)	Verkehrspflichten im Rahmen des bürgerlich-rechtlichen Anspruchs gem. § 1004 BGB	99
3.	Parallelen zur mittelbaren Patentverletzung gem. § 10 PatG	100
4.	Die Anwendung von Verkehrspflichten im Rahmen der Ansprüche des UWG	101
a)	Die Anwendung von Verkehrspflichten auf den Schadensersatzanspruch gem. § 9 UWG	101

b)	Die Anwendung von Verkehrspflichten auf die Ansprüche auf Unterlassung und Beseitigung gem. § 8 Abs. 1 UWG	102
5.	Verkehrspflichten zum Schutz vermögensrechtlicher Interessen	102
6.	Schutzbereich der wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten	104
7.	Verkehrspflichten zur Abwendung eines Handlungsunrechts	107
V.	Zusammenfassung	111
B.	Voraussetzungen und Auswirkungen des Haftungsmodells der täterschaftlichen Haftung aufgrund der Verletzung wettbewerbsrechtlicher Verkehrspflichten	112
I.	Vorliegen einer geschäftlichen Handlung im Sinne des § 2 Nr. 1 UWG	112
II.	Begründung der ernsthaften Gefahr einer Verletzung der Interessen von Marktteilnehmern durch Dritte	115
1.	Anknüpfungspunkt: Eröffnung einer Gefahrenquelle	115
2.	Anforderungen hinsichtlich des Grades der Gefahr einer Rechtsverletzung	117
3.	Exkurs: Ausdehnung des Entstehungsgrundes der Eröffnung einer Gefahrenquelle auf Fallgestaltungen des Internets	119
III.	Bestimmung von Inhalt und Umfang der wettbewerbsrechtlichen Verkehrspflichten	122
1.	Übertragbarkeit der Wertungskriterien der Störerhaftung	123
2.	Übertragbarkeit der Wertungskriterien der bürgerlich-rechtlichen Verkehrspflichten	124
3.	Inhalt und Umfang von Verkehrspflichten der Anbieter i.S.d. Telemediengesetzes	126
4.	Zusammenfassung	128
IV.	Akzessorietät	129
V.	Subjektive Voraussetzungen	133
VI.	Rechtsfolgen	137
VII.	Gesamtschuldnerische Haftung von mittelbarem und unmittelbarem Verletzer	140
VIII.	Zusammenfassung	141
C.	Systematische Einordnung in den Zusammenhang der bestehenden Regelungen	141
I.	Ausweitung der Täterhaftung durch Erweiterung des Terminus des »zu eigen machens«	143
II.	Ausweitung der Teilnehmerhaftung gem. § 830 BGB analog durch Absenkung der subjektiven Anforderungen	144
III.	Haftungslücken	149

1. Personen mit Täterqualifikation	149
2. Personen ohne Täterqualifikation	150
a) Pressehaftung	151
aa) Wettbewerbsverstöße im Anzeigengeschäft	151
bb) Wettbewerbsverstöße im redaktionellen Teil	152
b) Haftung für die Aufforderung zur Gebührenunterschreitung	154
c) Haftung für Werbung von Kliniken für ärztliche Leistungen	157
d) Die Überlassung von Einrichtungen im privaten Bereich	157
IV. Zusammenfassung	159
D. Die Vereinbarkeit wettbewerbsrechtlicher Verkehrspflichten mit der UGP-Richtlinie	160
 Kapitel 4 Die täterschaftliche Haftung aufgrund der unzureichenden Sicherung von Zugangsdaten	 162
A. Inhalt der Entscheidung	162
B. Die bisherige Behandlung der Fälle der Überlassung von Zugangsdaten	163
C. Dogmatische Einordnung der »Täterschaft aufgrund der unzureichenden Sicherung von Zugangsdaten«	164
I. Entstehungsgrund der Verkehrspflicht aufgrund der unzureichenden Sicherung von Zugangsdaten	165
II. Täterqualifikation	166
III. Inhalt und Umfang dieser neuen Verkehrspflicht	167
IV. Übertragung des Rechtsgedankens der § 8 Abs. 2 UWG, §§ 14 Abs. 7, 15 Abs. 6 MarkenG, § 99 UrhG	168
V. Bewertung	169
D. Eingliederung der Haftung aufgrund der unzureichenden Sicherung von Zugangsdaten in das Modell der Täterschaft aufgrund der Verletzung wettbewerbsrechtlicher Verkehrspflichten	170
I. Entstehungsgrund: Eröffnung einer Gefahrenquelle	171
II. Täterqualifikation	173
III. Inhalt und Umfang der Verkehrspflicht	174
1. Haftung im häuslichen Bereich	174
2. Haftung von Unternehmen und Organisationen	175
IV. Haftung für eigenes Verhalten anstatt Zurechnung	176
V. Akzessorietät	177
VI. Zusammenfassung	177

Kapitel 5	Die täterschaftliche Haftung aufgrund Verkehrspflichtverletzung im Urheber- und Markenrecht	179
A.	Meinungsstand in Rechtsprechung und Literatur	180
B.	Bestehende Haftungstatbestände mittelbarer Rechtsverletzungen im Urheber- und Markenrecht	184
C.	Übertragbarkeit des Haftungsmodells der täterschaftlichen Haftung aufgrund Verkehrspflichtverletzung auf das Urheber- und Markenrecht	187
I.	Rückbindung der Störerhaftung in die Dogmatik des allgemeinen Deliktsrechts	189
II.	Verhältnis des Deliktsrechts des Urheber- und Markenrechts zum Deliktsrecht des BGB und des Wettbewerbsrechts	190
	1. Verhältnis des Deliktsrechts des BGB zum Urheber- und Markenrecht	190
	2. Verhältnis des Urheber- und Markenrechts zum Wettbewerbsrecht	191
III.	Dogmatische Verselbständigung von Verkehrspflichten für unerlaubte Handlungen in Anknüpfung an den Zurechnungsgrund der Gefahrenquelle	192
IV.	Die Anwendung von Verkehrspflichten im Rahmen der Haftung von Unternehmensorganen	193
V.	Funktion und Stellung von Verkehrspflichten im Urheber- und Markenrecht	194
	1. Die täterschaftliche Haftung für mittelbare Rechtsverletzungen nach § 139 PatG	194
	2. Die täterschaftliche Haftung für mittelbare Rechtsverletzungen im Urheber- und Markenrecht	196
	a) Urheberrecht	197
	b) Markenrecht	199
	3. Die Funktion der Verkehrspflichten im Urheber- und Markenrecht	201
	a) Handlungsunrechtliche Ausrichtung des § 823 Abs. 1 BGB	202
	b) Handlungsunrechtliche Ausrichtung des § 1004 BGB	204
	c) Handlungsunrechtliche Ausrichtung der urheber- und markenrechtlichen Störerhaftung	204
	d) Bewertung	206
	4. Die Stellung von Verkehrspflichten im System des Urheber- und MarkenG	206
	a) Einordnung neben die bestehenden Verletzungstatbestände des UrhG und MarkenG	207
	b) Umgehung der bestehenden Verletzungstatbestände	207
	aa) Sommer unseres Lebens	207

bb) Patentrecht	209
(1) Funkuhr II	210
(2) MP3-Player-Import	210
(3) § 14 Abs. 4 MarkenG	211
VI. Zusammenfassung	212
D. Voraussetzungen und Auswirkungen einer täterschaftlichen Haftung aufgrund Verkehrspflichtverletzung im Immaterialgüterrecht	213
I. Einschränkung der täterschaftlichen Haftung durch besondere Täterqualifikationen	213
1. Urheberrecht	213
2. Markenrecht	214
II. Das Merkmal des geschäftlichen Interesses	216
III. Gefahrenquelle	217
IV. Inhalt und Umfang der Verkehrspflichten des Urheber- und Markenrechts	217
V. Akzessorietät	221
VI. Subjektive Voraussetzungen	223
VII. Vorrang spezialgesetzlicher Regelungen	223
VIII. Gleichstellung von mittelbarem und unmittelbarem Verletzer	224
IX. Die Rechtsfolge Schadensersatz	226
X. Strafrechtliche Haftung	228
E. Systematische Einordnung der Konstruktion der Täterschaft aufgrund Verkehrspflichtverletzung im Hinblick auf die bestehenden Haftungsgrundsätze der Störerhaftung und der Teilnehmerhaftung im Urheber- und Markenrecht	229
I. Ausweitung der Täterhaftung durch Erweiterung des Terminus des »zu-eigen-machens«	229
II. Ausweitung der Teilnehmerhaftung gem. § 830 BGB analog durch Absenkung der subjektiven Anforderungen	230
III. Haftungslücken	231
F. Vereinbarkeit mit europäischen Vorgaben	231
G. Vereinbarkeit mit dem Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte des geistigen Eigentums	234
Kapitel 6 Schlussbetrachtung und Ausblick	235
Literaturverzeichnis	239